

Dr. Roland Kaehlbrandt

Stiftungen als gesellschaftliche Impulsgeber

Vortrag bei der Raule-Stiftung, Wiesbaden, 24.9.2007

Worüber werde ich sprechen?

Zunächst möchte ich Ihnen einige Zahlen, Daten und Fakten über das deutsche Stiftungswesen vermitteln.

Dann stelle ich Ihnen einige Stifterpersönlichkeiten vor, denn sie sind es schließlich, die ihr Geld für Stiftungen hingegeben haben. Ich werde Ihnen ein wenig über die Beweggründe und Ziele von Robert Bosch, Reinhard Mohn, Gerd Bucerius, Kurt Körber und anderen großen Stiftern berichten.

Anschließend möchte ich Ihnen einige gesellschaftliche Themengebiete vorstellen, in denen Stiftungen etwas bewirkt haben, und zwar durch bemerkenswerte Stiftungsprojekte. Sie zeigen, was man mit Stiftungen erreichen kann, aber auch, wo die Grenzen sind.

1. Ein paar Zahlen, Daten, Fakten

Wir Deutschen mögen das Defizit. Wir haben ein besonders inniges Verhältnis zu allem, was nicht klappt und was nicht klappen wird. Viele Landsleute gehören zu jenen, die, wenn sie das Licht am Ende des Tunnels sehen, lieber noch ein Stück Tunnel dran bauen. Sollten Sie dazu gehören, so müsste ich Sie enttäuschen. Ich möchte Ihnen nämlich eher gute Nachrichten bringen.

Es mag ja alles Mögliche im Niedergang sein: Die Werte, die Rechtschreibung – aber der Sektor, über den ich eingeladen wurde, zu Ihnen zu sprechen, ist ein Sektor im Aufschwung.

Wissen Sie, wie viele Stiftungen im vergangenen Jahr gegründet wurden? Es waren 899. Deutlich mehr als im ganzen Jahrzehnt der 70-er Jahre. In den letzten zehn Jahren wurden 7.200 Stiftungen in Deutschland gegründet. Das ist die Hälfte aller Stiftungen bürgerlichen Rechts in Deutschland. Der Stiftungsboom hält also an. Und das ist gut so. Denn die 60 Milliarden €, auf die das Gesamtvermögen der deutschen Stiftungen geschätzt wird, bilden ja ein Kapital, dessen Erträge zu einem bedeutenden Teil für gesellschaftliche Innovation zur Verfügung stehen, und die kann unser Land nun wirklich brauchen.

Wie kommt es zu diesem Stiftungsaufschwung? Sind die Deutschen plötzlich großzügig geworden? Haben wir von den Amerikanern gelernt? Man hört ja oft das Zitat: "Amerika, du hast es besser!" Jenseits des großen Teiches, so heißt es, seien die Bürger viel engagierter als im alten Europa. Ein Beweis seien die großen amerikanischen Stiftungen mit ihren unzähligen guten Werken und klangvollen Namen: Ford, Rockefeller oder Carnegie-Foundation.

Aber wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Denn erstens wurde die erste deutsche Stiftung bereits im Jahre 930 von Otto dem Großen errichtet, nämlich das Kloster Quedlinburg. 930, das ist lange vor Christopherus Columbus und noch viel länger, bevor die Rockefeller Foundation gegründet wurde. Schon vor tausend Jahren haben Bürger in den Städten Hospize und Waisenhäuser gestiftet. Aufklärung und Industrialisierung machten Volksbildung und Wissenschaft zu einer Notwendigkeit im 19. Jahrhundert. Stiftungen waren es, die in den Städten Sonntagsschulen für Handwerker, Reformschulen für Arbeiterkinder oder auch Bibliotheken und Museen fürs „gemeine Volk“ errichteten.

Zweitens haben wir in den westeuropäischen Staaten, vor allem in Deutschland, ein von der öffentlichen Hand garantiertes soziales Netz, zu dem die Stiftungen *hinzukommen*.

Wir haben also *zusätzlich* zu diesem sozialen Netz einen traditionsreichen und auch wieder erstarkten Stiftungssektor mit über 14.000 rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts.

Allein in Frankfurt gibt es 455 Stiftungen, darunter viele Jahrhunderte alte wie die mildtätigen Stiftungen und noch relativ neue wie die Hertie-Stiftung und die Stiftung Polytechnische Gesellschaft. Allein in Frankfurt wurden im letzten Jahr 40 Stiftungen gegründet. Insgesamt geben Frankfurter Stiftungen 130 Mio. € pro Jahr aus. Ihr Vermögen wird auf 5 Milliarden € geschätzt.

Aber warum verzeichnen wir einen Aufschwung des Stiftungswesens? Aus drei Gründen:

Bevor Inflation und Judenverfolgung zum Niedergang unzähliger Stiftungen führten, hatten wir in Deutschland schätzungsweise 100.000 Stiftungen, also deutlich mehr als bisher. Seit sich nach dem zweiten Weltkrieg wieder große Vermögen auf längere Zeit akkumulieren konnten, verzeichnen wir nun erneut einen Aufschwung des Stiftungswesens. Die Nachkriegsgeneration überträgt gegenwärtig ihre Vermögen (man rechnet mit Vermögen in Billionenhöhe). Und eine Stiftung bietet sich z.B. als Instrument der Kontinuitätssicherung gerade für Unternehmen an, wenn ansonsten wegen Zahlung der Erbschaftssteuer Fremdkapital aufgenommen werden müsste.

Zweitens vereinfacht das neue Stiftungsrecht die Errichtung von Stiftungen und den Einsatz der Erträge. Dazu hat die rot-grüne Regierung beigetragen (Regelung über 33 Prozent freie Rücklage sowie 305.000 € steuerfreies Stiften), und die derzeitige Koalition schickt sich an, weitere bedeutende Anreize zu schaffen (möglicherweise Anhebung des steuerfreien Stiftungsbetrages auf 750.000 €).

Und drittens sind die Stiftungen als Einrichtung, die man für kreative gemeinnützige Arbeit nutzen kann, inzwischen deutlich attraktiver geworden. Das angestaubte Image von Stiftungen, die bizarren Stiftungszwecken kauziger Persönlichkeiten dienen, ist Vergangenheit. Das ist allerdings nicht von selbst gekommen.

Immer mehr Stiftungen sind zu Impulsgebern in unserer Gesellschaft geworden. Moderne Stifter sind gewöhnlich Unternehmer. Sie haben ihr Vermögen meist selbst verdient – mit Ideen, Zähigkeit, Fleiß, mit guten Mitarbeitern und – mit etwas Glück. Und es sind eben diese Unternehmer gewesen, die die Arbeit von Stiftungen reformiert haben und dabei zentrale Impulse aus ihrem eigenen unternehmerischen Leben auf die Stiftungsarbeit übertragen haben. Diese Impulse sind es denn auch, die in der Gesellschaft wirksam sind – Unternehmer verstehen eben etwas von wirksamer Veränderung, und ihre Fähigkeiten lassen sich oft von der Warenwirtschaft auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.

2. Einige Stifterpersönlichkeiten und ihre Motive

Was aber veranlasst eigentlich Menschen, erhebliche Teile ihres privaten Vermögens in Stiftungen zu stecken und sich damit gewissermaßen zu entreichern? Denn das ist klar: Wenn Sie Ihr Geld einmal gestiftet haben, können Sie es nicht mehr privat verwenden. Sie müssen es den satzungsgemäßen Zwecken entsprechend verwenden. Das wird von der Stiftungsaufsicht und auch vom Finanzamt geprüft. Wie Sie allerdings die Satzung festlegen – darin sind Sie ziemlich frei. Ich kenne das Beispiel einer Stiftung, die als Stiftungszweck "wollene Socken für Seemannswitwen" festgeschrieben hatte. (Das war allerdings noch vor der Gründung der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.)

Dass sich private Stifter gesellschaftlicher Probleme annehmen, geht auf eine Vielzahl von Anliegen und Motiven zurück.

In der Vergangenheit ging es in erster Linie um soziale Not. So schrieb sich zum Beispiel einer der bedeutendsten deutschen Stifter, Robert Bosch, unter anderem die "Linderung von allerhand Not" auf die Fahne. Vorausschauend erkannte er jedoch auch die Völkerverständigung als ein Handlungsfeld für sein stifterisches Engagement. In der 1964 gegründeten Robert Bosch Stiftung wurden bereits in dieser Zeit mit einer Art parallelen Außenpolitik enge Beziehungen zu polnischen Intellektuellen geknüpft, die auch später, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, von großem Nutzen waren und sind.

In den letzten Jahrzehnten sind Fragen der Gestaltung unserer modernen Gesellschaft ins Blickfeld der Stifter geraten. So hat der Medienunternehmer Reinhard Mohn die Errichtung der Bertelsmann Stiftung mit der Absicht gegründet, "die Innovation im öffentlichen Bereich unserer Gesellschaft zu fördern". Reinhard Mohn (Bertelsmann) sammelte beim Ausbau des von seinem Vater ererbten Verlagshauses im ostwestfälischen Gütersloh zum drittgrößten Medienkonzern der Welt wertvolle Erfahrungen mit Führungs- und Organisationsstrukturen. Er kam zu dem Schluss, dass Großorganisationen nur dann funktions- und entwicklungsfähig bleiben, wenn sie sich auf die drei Prinzipien der Dezentralisierung, der Delegation von Verantwortung und der Mitarbeitermotivation stützen können. Das also, was heute gern modisch "Unternehmenskultur" genannt wird, entwickelte Mohn bereits vor Jahrzehnten.

Bei der Analyse der Missstände in staatlichen Großorganisationen wie etwa Stadtverwaltungen, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Krankenhäuser erkannte

Mohn, dass hier genau das Gegenteil dessen praktiziert wurde, was er als Schlüssel zu seinem Erfolg ansah. Er machte es sich zur Aufgabe, seine unternehmerischen Erfahrungen in die öffentliche Verwaltung zu übertragen.

Stiftungsarbeit setzt in diesem Falle auf direkte gesellschaftliche Veränderung setzt mischt sich ein. Die Bertelsmann Stiftung ist mit dieser dynamischen Rolle als „Reformwerkstatt“ auf jeden Fall Vorreiter gewesen. Gewiss, auch andere Stiftungen haben vor ihr Missstände bekämpft und Reformprojekte auf den Weg gebracht, aber nicht so offensiv, nicht so systematisch und nicht so öffentlich, sonder eher oft zurückhaltend, diskret, ja, unbekannt und unerkannt.

Inzwischen ist der Ehrgeiz der Stiftungen gewachsen, eine neue, zupackende reformerische Rolle an zunehmen.

Ein anderes Beispiel: Gerd Bucerius, Gründer der Wochenzeitung DIE ZEIT, zeitweise Politiker, stets aber politischer Mensch, Unternehmer und Liberaler, hatte die Reform des Hochschulwesens, insbesondere der Juristenausbildung – er war selbst Jurist – im Auge. Die ZEIT-Stiftung in Hamburg, auch eine der großen Stiftungen, hat im Gedenken an ihren Stifter die erste private Hochschule für Rechtswissenschaft in Deutschland, die Bucerius Law School, konzipiert und aufgebaut. „Innovation im Hochschulwesen“ hat sich die Stiftung auf die Fahnen geschrieben. Schneller, besser, internationaler: das ist hier die Devise.

Den Erfinder und Industrielle Kurt A. Körber, Gründer des Maschinenbaukonzerns Körber AG in Harnburg, gründete seine Stiftung, um gegen den „Bildungsnotstand“ anzugehen. Er schuf mit dem Bergedorfer Gesprächskreis ein vorurteilsloses und vorausschauendes Forum, das Richard von Weizsäcker einmal als „geistige Fingerübung der Republik“ bezeichnet hat. Schon Anfang der 70er Jahre wurde hier die Idee für eine ganz neuartige Altenarbeit geboren, die noch heute im Hamburger „Haus im Park“ Anstöße für aktives Alter und einen echten Dialog der Generationen gibt.

Den langjährigen Chef der Drägerwerke, Heinrich Dräger, veranlasste das Bedürfnis nach einem "stetigen Abbau der politischen, ökonomischen und sozialen Gegensätze und einer allmählichen Harmonisierung der unterschiedlichen nationalen und internationalen Interessen" vor rund dreißig Jahren zur Gründung der Dräger-Stiftung.

Eine besondere Geschichte erzählt man sich über das Erweckungserlebnis, das den Lebensmittelunternehmer Karl Ludwig Schweisfurth 1985 zur Gründung seiner Stiftung veranlasste. Schweisfurth baute nach dem Kriege die "Herta-Wurst" zu einer der führenden Marken auf, indem er das Metzgerhandwerk industrialisierte. Zuletzt arbeiteten Tausende von Metzgern für ihn. Seine Kinder aber lehnten diese Art des Wirtschaftens aus ökologischen Gründen ab. Daraufhin verkaufte Schweisfurth sein Unternehmen und gründete 1985 mit seinem Vermögen eine Stiftung, die sich fortan der "Agrar-Kultur" widmen sollte, d.h. einem Landbau, der wirtschaftlich *und* ökologisch verträglich gestaltet sein soll. Als Musterbetrieb baute Schweisfurth die Herrmannsdorfer Landwerkstätten in der Nähe von München auf.

Diese Beispiele zeigen: Wer sich als Stifter gesellschaftspolitischer Aufgaben annimmt, handelt meist nicht allein aus moralischem Antrieb. Er hat ziemlich genaue Vorstellungen von den Problemen, die er in Angriff nehmen will, und eigene Lösungskonzepte, die er mit Hilfe seiner Stiftung erproben wird. Gewiss zieht der Stifter gewöhnlich wissenschaftlichen Rat hinzu. Auch erfährt eine Stiftung im Laufe der Zeit thematische Erweiterungen oder Umorientierungen. Am Ursprung jedoch steht meist der reformerische Impuls des Stifters selbst – und stehen natürlich auch Fragen der Erbschaftssteuer und der Unternehmenskontinuität.

3. Gesellschaftliche Impulsgeber - Was Stiftungen bewirken können

Ich möchte Ihnen anhand verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zeigen, was Stiftungen in Deutschland erreicht haben und erreichen können. Ich werde Ihnen einige Beispiele geben, die zeigen, wie Stiftungen durch modellhafte Projekte Impulse für die Gesellschaft beisteuern können Und zwar in Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft.

...im Bildungswesen

An den Reformen im Bildungswesen in den kommenden Jahren wird sich messen lassen, wie zukunftsfähig unsere Gesellschaft insgesamt ist.“, so prognostizierte der frühere Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des „Deutschen Bildungskongress 1999“ die bildungspolitische Lage. Kurz zuvor hatte er die deutschen Stiftungen als „Motoren des Wandels“ gelobt. Beide Äußerungen spannen gewissermaßen das Feld auf, in dem die rund 3.500 Bildungstiftungen aktiv sind. Dass so viele Stiftungen in Deutschland sich mit dem Thema Bildung und Ausbildung befassen, ist angesichts der Schwierigkeiten, in die sich das einst ruhmreiche deutsche Bildungswesen hinein manövriert hat, nur zu begrüßen.

Viele grundlegende Zweifel werden über die Qualität des Bildens und Ausbildens in Deutschland laut, und während im 19. Jahrhundert bis hin in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts andere Nationen ihre Emissäre sandten, um das eine oder andere zu übertragen, schauen die für Bildung und Ausbildung Verantwortlichen in unserem Land voller Bangigkeit auf die insgesamt mediokren Ergebnisse, die immer wieder neuen PISA-Studien unserem Land attestieren.

Gleichzeitig steht klar vor Augen, dass Deutschland als Land ohne Rohstoffe mehr als andere auf hervorragende Bildung und Ausbildung angewiesen ist. In der durch Roman Herzog beherzt angestoßenen öffentlichen Debatte über Art und Form unseres Bildungswesens stehen grundlegende Fragen zur Diskussion, wie Beamtenstatus des Lehrpersonals, wie Qualität und Ausrichtung der Lehrerausbildung, die politisch immer wieder von allen Lagern einseitig geführte Debatte über die Gliederung unseres Schulwesens, die Individualisierung des Lehrens und Lernens, die Veränderung frühkindlicher Betreuung hin zu frühkindlicher Bildung, Integration von Zuwanderern durch Bildung und insgesamt der Übergang von der Schule in das Berufsleben beziehungsweise in die Ausbildung.

Es ist symptomatisch, dass wir jahrzehntelang in Deutschland das Thema der Integration von Zuwanderern verdrängt haben und deshalb heute vor großen Schwierigkeiten stehen. Das eine politische Lager zog sich dabei auf die Aussage zurück, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Es gab in dieser Sicht keine Zuwanderer, sondern nur Gastarbeiter, die wieder zurückkehren sollten. Die andere

Seite vertrat die Auffassung, dass sich das Zusammenleben mit den Zuwanderern gewissermaßen von selbst zu einer friedlichen, bunten, multikulturellen Gesellschaft fortentwickeln würde.

Heute wissen wir: Beide Seiten haben geirrt. Wir sind ein Zuwanderungsland geworden. Aber wir müssen diese Zuwanderungsgesellschaft auch gestalten. Das bedeutet, dass wir Spielregeln für das Zusammenleben festlegen müssen und dass wir gleichzeitig die Hand zum Willkommen ausstrecken müssen. Wir müssen fordern und fördern. Was müssen wir fordern, und was müssen wir fördern – und schließlich: welche Ergebnisse können wir damit erreichen? Darüber möchte ich ihnen berichten.

Zunächst: Was müssen wir fordern? Wir müssen zuallererst sicherstellen, dass die Zuwandererkinder so früh und so gut wie möglich Deutsch lernen, die Sprache also, in der sie bei uns Bildungsabschlüsse erreichen können. Das erste Gebot der Integration lautet: Sprachförderung.

Das müssen wir aber auch anbieten. Jahrelang haben wir das vernachlässigt. Jahrelang haben wir uns darauf verlassen, dass die Kinder in einer mehrheitlich deutschen Umgebung unsere Sprache schon von selbst lernen werden. Gewiss, in der ersten Gastarbeitergeneration gab es noch so etwas wie ein deutsches „Sprachbad“. Doch im Laufe der Jahre bildeten die Zuwanderer in vielen Stadtvierteln die Mehrheit. Die Folge können Sie in fast jeder Grundschule in Frankfurt sehen: Viele Zuwandererkinder sprechen weder die Herkunftssprache ihrer Eltern richtig, noch sprechen sie richtig Deutsch. Es ist ein Pidgin. Es klingt durchaus wie Deutsch, aber es reicht nicht mehr für die Textaufgaben in der vierten Grundschulklasse, und es reicht schon gar nicht für die weiterführende Schule.

Darf ich Sie einmal ins Frankfurter Gallus-Viertel mitnehmen? Es war früher ein klassisches Arbeiterviertel. Tausende arbeiteten in den Adler-Werken. Heute ist es ein Zuwandererviertel geworden. Wie sieht eine Schulklasse im Gallus-Viertel aus? Eine erste Klasse sieht so aus: Sie besteht aus 21 Kindern. 20 Kinder wurden in Frankfurt geboren. Sechs Kinder haben deutsche Erziehungsberechtigte, vier davon wachsen mit der alleinerziehenden Mutter auf. 15 Kinder stammen aus zugewanderten Familien. Fünf Kinder stammen aus türkischen Familien, zwei aus portugiesischen, zwei aus kroatischen, je ein Kind aus einer bosnischen und einer marokkanischen Familie. Mehrere Familien sind binational. Die Sprachenpaare sind: arabisch-deutsch, französisch (kamerun)-deutsch, serbokroatisch-deutsch und serbokroatisch-afghanisch (Paschtun).

Was für eine Sprache sollen all diese Kinder eigentlich als gemeinsame Sprache lernen? Es kann doch wohl nur Deutsch sein!

Aber was für ein Deutsch sprechen die Zuwandererkinder, wenn sie in die Schule kommen? Es ist ein Rumpfdeutsch, eine Sprache, die ihrer wesentlichen grammatischen Eigenschaften entkleidet ist. Im Satzbau sind Sätze ohne Prädikat beliebt: „Ich Türkei.“ Wenn Präpositionen verwendet werden, dann ist „in“ die am meisten verbreitete: „Ich in Doktor“, „wir in Tisch“. Wenn Verben gebraucht werden, dann so genannte Universalverben, also solche mit einer abstrakten Minimalbedeutung, z.B. *machen, tun, gehen, sagen, müssen*: „Ich geh Türkei.“ Die Verben der Bewegung, die im Deutschen sehr präzise und zahlreich sind, werden nicht beherrscht, also *fliegen, radeln, hüpfen, hechten, rennen, spurten, flitzen*,

krabbeln, robben etc. Damit sind aber auch ganze Bedeutungsfelder nicht differenziert erschlossen, die später in höheren Schulklassen selbstverständlich vorausgesetzt werden. Viele Kinder kennen zwar „Baum“, nicht aber „Ast“. Oder sie kennen „Gurke“, nicht aber „Gemüse“. Sie haben also Oberbegriffe und Unterbegriffe nicht fest erschlossen. Damit fehlt ihnen wichtiges Werkzeug, um sich in der deutschen Sprache auch kognitiv weiterzuentwickeln. Denn in ihren „Muttersprachen“ sieht es ja oft auch nicht besser aus. Aber das merkt ein Normalsterblicher am Anfang nicht, sondern erst dann, wenn es schon reichlich spät ist. Heute wissen wir, dass hier die Wurzel für Schulabbrecher und für geringe Abiturquoten von 6 bis 10 liegt. Nur 3 Prozent der Zuwandererkinder erreichen schließlich einen Hochschulabschluss. Das ist nicht gerade sehr ermutigend für die Zuwanderer selbst!

Was tun? Deutsch von Anfang an! Deutsch im Kindergarten, Deutsch intensiv in den Grundschulen. Und zwar flächendeckend, nicht nur partiell.

Die Hertie-Stiftung hat im Jahr 2000 in einem Pilotprojekt mit dem Namen „Deutsch & PC“ den Lehrerinnen die Möglichkeit gegeben, diese Kinder gesondert zehn Stunden pro Woche in Deutsch zu unterrichten, in Kleingruppen. Mit Rätseln, Liedern, Reimen, mit moderner Deutschlern-Software – alle Schulen wurden mit PC's ausgerüstet - , aber vor allem: mit vielen, vielen Sprachanlässen. Nach einem Jahr blieb in den drei Schulen mit ihren neun ersten Klassen kein Kind mehr sitzen. Die „stummen Kinder“ waren zu wachen, neugierigen Kindern geworden. Die Lehrerinnen sagten uns, dass sie nun endlich die sprachlichen Schwächen angehen konnten, die sie vorher über Jahre hatten mitschleifen müssen.

Die Evaluation zeigt, dass die Übertrittsquoten auf Realschule und Gymnasium in dieser Gruppe von Kindern wesentlich höher als zuvor sind. Heute läuft „Deutsch & PC“ bereits in der Hälfte aller hessischen Schulen mit hohem Zuwandereranteil. Das liegt auch daran, dass wir das Projekt von Anfang an gemeinsam mit dem Bildungsministerium konzipiert und verwirklicht haben. „Deutsch & PC“ wird nun ausgeweitet auf weitere Bundesländer.

Mittlerweile hat die Hertie-Stiftung die intensive Sprachförderung gemeinsam mit mehreren Partnern (Stiftungen, Ministerien, Kommunen) zu einem ganzen Projektzyklus ausgebaut, der ineinander greift: vom Kindergarten („Frühstart“) über die Grundschule („Deutsch & PC“) bis zu den weiterführenden Schulen („Förderkurse für Migrantenkinder - FFM“). Die Erfahrung nach fünf Jahren: Die Sprache ist der Schlüssel. Sprachförderung ist Persönlichkeitsbildung. Aber sie muss früh anfangen, und sie muss systematisch, in großer Dosis und flächendeckend sein.

Die noch junge Stiftung Polytechnische Gesellschaft hat auf der Grundlage eines Projekts der Jacobs Foundation ein ebenfalls hoch wirksames Sprachförderkonzept für Zuwandererkinder umgesetzt und entwickelt es weiter. 160 Frankfurter Grundschüler mit hohem Zuwandereranteil haben im Sommer 2007 erstmals drei Wochen lang eine intensive Deutsch-Förderung erhalten. Ihnen wurden täglich zwei Stunden Deutschunterricht, zwei Stunden sprachintensives Theaterspiel sowie ein anschließendes Freizeitprogramm geboten. Die Kinder trainierten ihr Deutsch in kleinen Gruppen in Jugendherbergen rund um Frankfurt. Ziel des „Deutschsommers“ ist die Verbesserung von sprachlichem Verständnis und Ausdruck kurz vor Beginn des für die weitere Schullaufbahn so wichtigen vierten Schuljahrs. 42 Lehrkräfte

waren für den „Deutschsommer“ im Einsatz: Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache, Theaterpädagogen und Sozialarbeiter.

Die Initiative zum Frankfurter „Deutschsommer“ sowie dessen Durchführung lag bei der neuen „Stiftung Polytechnische Gesellschaft“, die rasch Projektpartner für ein gemeinsames Vorgehen in Frankfurt gewonnen hat: das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt, das Stadtschulamt Frankfurt, die VHS, das Staatliche Schulamt Frankfurt, das Hessische Jugendherbergswerk sowie vier Stiftungen aus Frankfurt und Umgebung: die Carls Stiftung, die Deutsche Bank Stiftung, die Peter Fuld Stiftung und die Stiftung Citoyen. Dem „Deutschsommer“ liegt ein erfolgreiches Modellprojekt aus Bremen zugrunde, das vom Max Planck-Institut für Bildungsforschung, von der Jacobs Foundation und vom Bremer Bildungssenat initiiert wurde.

Jede der beteiligten Frankfurter Grundschulen konnte in Absprache mit den Eltern und den Klassenlehrern Kinder für den „Deutschsommer“ anmelden. In der ersten Woche wurden die Kinder jeden Morgen an Sammelpunkten in der Stadt von Bussen abgeholt und in die drei Jugendherbergen rund um Frankfurt gebracht (Darmstadt, Wiesbaden, Oberreifenberg). Abends wurden sie wieder zurückgebracht. In der zweiten und dritten Woche übernachteten die Kinder von Montag bis Freitag in der Jugendherberge. Der Eigenbeitrag der Eltern beträgt 45 € pro Kind für die ganzen drei Wochen.

Grundlage für den „Deutschsommer“ ist ein Lesetext: der „Sprachabschneider“ von Hans-Joachim Schädlich. Die Geschichte ist die eines fatalen Handels: Ein Schuljunge überlässt dem Sprachabschneider die verschiedenen Wortklassen (Artikel, Präpositionen, Verben usw.), weil jener ihm die Hausaufgaben macht. Am Ende versteht den Jungen niemand mehr. Die Geschichte ist Anlass zu vielerlei Übungen in Lesen, Schreiben, Wortschatz und Grammatik sowie zu einem Theaterstück, das die Kinder am Ende der drei Wochen aufführten. Die Sprachförderung und die Persönlichkeitsbildung soll die Kinder für das vierte Schuljahr stärken. Spielerisches Lernen und Freizeitgestaltung greifen ineinander: Deshalb der Slogan „Ferien, die schlau machen“.

Die Ergebnisse: Im sprachlichen Bereich deutliche Verbesserung der grammatischen Kenntnisse (Satzgliedstruktur, Präpositionalsystem, Deklination, Konjugation), Bewusstsein der Strukturiertheit der Sprache, Wortschatzerweiterung, Lesetraining, lautes und deutliches Sprechen (Deutsch als Bühnensprache!); im Lernverhalten: Lust am Lernen, am Lesen und an der Grammatik; in der sozialen Kompetenz: Alltagskompetenz, Einhalten und (begeistertes) Pflegen von Ritualen, Gruppenfähigkeit, Mut zum Auftritt vor anderen; Zuverlässigkeit und Engagement. Letzteres trifft auch auf die Eltern zu, die ihre Kinder regelmäßig – oft bei Regen... – zum Bus brachten und wieder abholten und die auch (600 Teilnehmer!) zu den Theateraufführungen am Ende des Projekts kamen.

Aus dem DeutschSommer werden wir weitere Projekte entwickeln, so zum Beispiel ein „Diesterweg-Stipendium“ für Kinder und Eltern.

Soviel also zur Sprachförderung. Was müssen wir noch fordern? Alle reden von der Leistungsgesellschaft. Gut, fordern wir also Leistung. Dann müssen wir Leistung aber

auch fördern. Dazu brauchen wir Vorbilder. Das zweite Gebot der Integration heißt deshalb: Begabtenförderung.

Vor einigen Jahren wurde mir folgende Geschichte erzählt: In einer deutschen Großstadt lebte ein Mädchen aus Bosnien-Herzegowina. Seine Familie war im Bürgerkrieg mit dem Tode bedroht worden und nach Deutschland geflohen. Das Mädchen lernte rasch und fließend Deutsch. Es schaffte den Sprung ins Gymnasium. Sein Abitur bestand es mit einer glatten 1,0. Am Tage seines Abiturs wurde es 18 Jahre alt, also volljährig. Am Tag darauf erhielt es den Ausweisungsbeschluss. Es musste Deutschland verlassen. Davon hörte die Botschaft eines großen befreundeten Landes. Sie lud das Mädchen zu einem Gespräch ein. Das Mädchen erhielt ein Visum und ein Stipendium für eine der großen Elite-Hochschulen des großen Landes. Das Mädchen verließ Deutschland. Ich glaube nicht, dass es noch einmal wiederkehren wird.

Ich habe vor einigen Jahren nach Möglichkeiten gesucht, Zuwanderung als Chance begreifbar und erlebbar zu machen. Außerdem suchte ich nach einer Art Ermutigung für die Zuwandererjugendlichen selbst.

Ich schlug damals in der Hertie-Stiftung ein offensives Vorgehen vor: ein Schülerstipendium für begabte und gesellschaftlich engagierte Zuwanderer, verbunden mit einem Bekenntnis zur Zuwanderergesellschaft und zum Aufbau einer jungen „Zuwanderer-Elite“ in Deutschland. Wir suchten Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren mit guten bis sehr guten schulischen Leistungen. Wir suchten Schülersprecher, Jugendliche, die in der Nachbarschaftshilfe aktiv waren, die Nachhilfeunterricht gaben. Wir suchten die Leistungsstarken und Engagierten, die unter materiell schwierigen Bedingungen lebten und trotzdem nicht aufgaben.

Wir haben das Programm ganz einfach „START“ genannt. Dafür erhalten sie monatlich 100 € Bildungsgeld, einen PC und Bildungsseminare. Die Seminare sind eine Art „Studium fundamentale“: Rhetorik, Etikette, Einführung in das deutsche Grundgesetz. Das Bildungsprogramm ist nicht besonders multikulturell.

Fast vierhundert begabte und engagierte Zuwanderer-Jugendliche wurden inzwischen in das Programm aufgenommen. Sie sind Vorbilder. In vierzehn Bundesländern haben wir es aufgebaut, mit 40 Stiftungen und insgesamt über 80 Partnern. Es ist zu einem Signal aus der Mitte der Gesellschaft geworden. Das Signal ist übrigens gar nicht teuer. Es kostet 5000 € pro Stipendium und Jahr.

Weitere Bildungsthemen sind von Stiftungen auf die Agenda gesetzt und wirkungsvoll bearbeitet worden:

Die Stiftungen haben das Thema der frühkindlichen Bildung auf die Tagesordnung gesetzt. (Frühstart, Bosch, Polytechnische).

Sie haben die Verbindung von naturwissenschaftlicher Hochschulforschung und allgemeinbildenden Schulen gefördert worden („Networking“; „Junior-Ingenieur-Akademien“). Sie stärken technische und mathematische Bildung in Kindergarten und Schule.

Stiftungen haben die vergessene rhetorische Bildung aus der Antike wieder in Klassenzimmer gebracht.

Stiftungen sind es, die neue Wege in der musisch-kulturellen Bildung beschreiten, sei es unmittelbar im Schulwesen oder auch in der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Museen und Orchestern.

Stiftungen waren es, die den Gedanken der Hochbegabtenförderung und einer leistungs- und persönlichkeitsbezogenen Elitebildung von gesellschaftlichen und politischen Tabus befreit haben.

Sie fördern nicht nur Begabte, sondern nehmen auch die so genannte „Risikogruppe“ ins Visier, jene viel zu große Zahl an Schülern, die zu den sehr Schwachen gehören. Lang ist die Liste der Stiftungen, die sich auf diesem Gebiet mit leistungsfähigen Modellprojekten engagieren (Mercator, BP, ProAusbildung, NiedersachsenMetall, etc).

Lange vor PISA praktizierte der Bertelsmann-Preis den „Blick über den Zaun“ und half, Lehren aus erfolgreichen ausländischen Schulsystemen auf die deutsche Situation zu übertragen. Heute ist das Thema der „selbstständigen Schule“ in aller Munde. Es wurde aber zunächst durch die Bertelsmann Stiftung Mitte der 90-er Jahre bekannt gemacht.

Deshalb sagte bei einer Zusammenkunft jüngst Rita Süßmuth: „Im Bildungswesen sind alle wichtigen Innovationen der letzten Jahre von Außen gekommen.“ Damit meinte sie vor allem die Stiftungen.

...Impulse in Wissenschaft und Forschung

Neue, von Stiftungen geförderte Ideen haben auch ***Wissenschaft und Forschung und die deutsche Hochschullandschaft*** in den letzten 30 Jahren vorangebracht.

Wenn man sich vor Augen führt, dass allein die Volkswagenstiftung in den vergangenen fast 30 Jahren seit ihrer Gründung mehr als 3 Milliarden € in 28.000 wissenschaftliche Vorhaben investiert hat, dann sieht man, dass Stiftungen recht eindrucksvolle Beträge für die Wissenschaftsförderung aufgebracht haben.

Aber wichtiger noch sind Impulse zur Bearbeitung neuer Forschungsgebiete. Wenn ich einmal bei der Volkswagenstiftung bleiben darf: Sie hat in den 60-er und 70-er Jahren entscheidend dazu beigetragen, die moderne Molekular- und Zellbiologie in Deutschland zu etablieren. Auch die Förderung der Materialwissenschaften hat sie vorausschauend unternommen, nicht zuletzt eine sehr frühe Förderung der Arbeiten des späteren *Nobelpreisträgers* Klaus von Klitzing.

Die Arbeit der Thyssen-Stiftung war wegweisend für die Entwicklung des ersten großen interdisziplinären Forschungsprogramms in Deutschland, des so genannten „Forschungsunternehmen 19. Jahrhundert“.

Die Geschichtswissenschaft findet in der Gerda Henkel Stiftung einen innovativen Förderer, die Neurowissenschaften und die Politikwissenschaft in der Hertie-

Stiftung, die angewandte Informatik in der Klaus Tschira Stiftung. Nicht nur neue Forschungsfelder, sondern auch neue Formen wissenschaftlicher Zusammenarbeit werden hier erschlossen und dem Wissenschaftsbetrieb zugänglich gemacht.

Die großen wissenschaftsfördernden Stiftungen haben wichtige Debatten unserer Zeit lanciert oder bereichert. Wenn Sie allein an die *Villa-Hügel-Gespräche* denken, die die Krupp-Stiftung und der Stifterverband ausrichten, und wenn Sie den Themenkatalog dieser hochkarätigen Runde ansehen, dann finden Sie alle wichtigen Themen, die in den letzten Jahrzehnten auf der Agenda standen, dort behandelt, häufig, bevor diese Themen Allgemeingut wurden – ob es sich nun um das Verhältnis von Wirtschaft und Wissenschaft nach den schwierigen 68-er Jahren handelt oder auch bereits die 1981 lancierte Diskussion über Elitebildung bzw. die „Förderung wissenschaftlicher Spitzenleistungen“.

Und eine der berühmtesten Studien, die weltweit über Jahre die öffentliche Diskussion bereicherte, nämlich die von *Club of Rome* publizierte Schrift „Die Grenzen des Wachstums“ ist vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft gefördert worden.

Neue Impulse sind auch vom „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE) ausgegangen, das vor 10 Jahren von der HRK und der Bertelsmann Stiftung gegründet wurde, Impulse insbesondere zur Enttabuisierung der Frage nach den *Studiengebühren* und des *professionellen Managements* der öffentlichen Hochschulen.

Stiftungen haben sich auch bei der Gründung privater Hochschulen in Deutschland maßgeblich engagiert und durch das Beispiel dieser Hochschulen wichtige Anregungen für anstehende Reformen gegeben. In diesem Jahr feiert die „Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung“ (WHU) ihr 20-jähriges Bestehen. Ohne den Stifter Otto Beisheim und ohne weiteres stifterisches Engagement (Heraeus, Mercator-Stiftung, Quandt-Stiftung etc.) wäre diese Hochschule wohl kaum auf die Beine gekommen. Gleiches gilt für Witten-Herdecke oder für die International University of Bremen (jetzt Jacobs University) oder auch für die Bucerius Law School. Die im Jahre 2000 gegründete Hochschule bietet ein gestrafftes Studium an, das zwar auf das Staatsexamen vorbereitet, parallel aber auch für eine internationale Tätigkeit qualifiziert (Abschluss: Bachelor of Laws). So liegt ein Schwerpunkt auf europäischem und internationalem Recht und überhaupt auf der Kenntnis ausländischer Rechtsordnungen. Das Studium enthält Pflichtaufenthalte im Ausland, intensives Sprachenstudium, und ein *studium generale*. 100 Studenten werden jährlich aufgenommen, ausgewählt nach „persönlicher Eignung, analytischer Intelligenz, sozialer und kommunikativer Kompetenz.“

Wenn also heute rund 30.000 Studenten in Deutschland an privaten Hochschulen studieren, so ist dies eindeutig auch ein Verdienst der Stiftungen.

Impulse durch Förderung des gesellschaftlichen Dialogs – Vertrauensbildung und Voraussicht

Ebenso wichtig wie die modellhafte Projektarbeit der Stiftungen ist die Förderung von Dialog, Austausch und Information. Dieser Ansatz beruht auf der Erkenntnis, dass in den internationalen Beziehungen ein vorteilsloser Dialog und die Gelegenheit zu echter Information Voraussetzung für ein dauerhaftes und stabiles Verhältnis sind. Privatstiftungen leisten gerade auf diesem Gebiet wertvolle Beiträge.

So ist die Robert Bosch Stiftung, deren Namensträger sich bereits in den zwanziger Jahren aktiv für die deutsch-französische Verständigung einsetzte, die wichtigste Privatinitiative zur Förderung des Dialogs mit Frankreich. Die Stiftung hat eine Reihe von Informationsprogrammen für Multiplikatoren aufgelegt. So werden beispielsweise seit Mitte der siebziger Jahre Journalisten der französischen Regionalpresse zu einwöchigen Seminaren nach Deutschland eingeladen. Die von der Stiftung angebotenen Treffen deutscher und französischer Chefredakteure sind zu einer festen Institution in der Medienszene geworden. Die Teilnehmer haben unter anderem Gelegenheit zur Begegnung mit hochkarätigen politischen Repräsentanten. Ferner fördert die Stiftung zahlreiche Begegnungsprogramme für Jugendliche und Wissenschaftler auf beiden Seiten des Rheins. Auch zielgruppengenaue Stipendien sind ein geeignetes Mittel vertrauensbildender Informations- und Kontaktarbeit. So bietet die Robert Bosch Stiftung neunmonatige praxisorientierte Deutschland-Stipendien für den amerikanischen Führungsnachwuchs an.

Diese "private Außenpolitik" (Rüdiger Stephan) ist nicht nur Flankierung der offiziellen politischen Beziehungen der betroffenen Länder. Sie schafft eine ganz andere Qualität der Beziehungen durch persönliche Kontakte an der Basis. Ein gutes Beispiel ist die bereits 1974 von der Bosch Stiftung begonnene Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen. Daraus entstandene Netzwerke waren und sind auch für die politischen Beziehungen beider Länder nach dem Umbruch von großem Wert. Die Bedeutung derartiger vertrauensbildender Kontaktarbeit von politisch unabhängigen Privatstiftungen hat der ehemalige Generalsekretär der Europäischen Kulturstiftung, Rüdiger Stephan, einmal durch einen Kontrast verdeutlicht: Was passiert, wenn derartige Bemühungen unterlassen werden, sei, so Stephan, trefflich am deutsch-niederländischen Verhältnis abzulesen, das noch heute von Vorurteilen und Missverständnissen belastet werde.

Zu den Zielgruppen der Dialogförderung gehören auch die politischen und wirtschaftlichen Eliten. Unabhängige Stiftungen haben hier die Chance, durch die Schaffung von Foren und Gesprächsrunden eine offene Aussprache über nationale, partei- und tarifpolitische Grenzen hinweg zu ermöglichen und damit einen Beitrag zur Überwindung von Blockierungen und Verhärtungen zu leisten. Auch können sie darüber hinaus eigene Themen setzen und den Entscheidungskreisen Impulse geben.

Ein prominentes Beispiel ist der von der Körber-Stiftung ausgerichtete Bergedorfer Gesprächskreis, der seit 1961 immer wieder zentrale gesellschaftliche Probleme aufgegriffen und dabei mit so manchem Tabu gebrochen hat. Die Themenliste des Kreises liest sich wie die Agenda der wichtigsten Debatten der letzten Jahrzehnte. Ex-Bundespräsident von Weizsäcker hat den Kreis einmal als „eine Art Übungsplatz einer offenen Gesellschaft, Umschlagplatz für bestechende Einsichten und inspirierende Ideen“ bezeichnet.

Stärker wirtschaftspolitisch orientiert ist das von der Dräger-Stiftung ausgerichtete Malenter Symposium, das Vertreter aus internationaler Politik und Wirtschaft zur Behandlung kritischer Fragestellungen versammelt. Europapolitische Akzente setzt das von der Bertelsmann Stiftung organisierte International Bertelsmann Forum, das zahlreiche Staats- und Regierungschefs an einen Tisch bringt. Grundlage der vertraulichen Beratungen ist stets ein von der Stiftung vorgelegtes Strategiepapier zur Lösung der drängenden Probleme der europäischen Politik, das anschließend in Leitmedien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Auf diese Weise betreibt die Stiftung selbst aktive Politikberatung im Sinne der amerikanischen „Think Tanks“.

Impulse in der Frage des demographischen Wandels

Auch zu einer der zentralen sozialen Fragen des 21. Jahrhundert, zum **demographischen Wandel**, haben Stiftungen viel anzubieten.

„Wir haben unseren neuen Kindergarten gleich so gebaut, dass wir ihn in einigen Jahren umstandslos, mit wenigen Handgriffen, zu einem Seniorencafé umbauen können“, so erklärte vor vier Jahren auf einer Tagung in Wiesbaden ein Bürgermeister stolz die vorausschauende Kommunalpolitik zum demographischen Wandel in seiner Gemeinde. Die Reaktion des Publikums schwankte zwischen Heiterkeit, Verblüffung und Empörung.

Auch zwei Stiftungen waren bei dieser Tagung eingeladen: Die Bertelsmann Stiftung präsentierte an Hand des Landkreises Osnabrück, wie ein Landkreis durch eine systematische familienpolitische Orientierung und durch die Fixierung einer demographischen Kommunalpolitik als Querschnittsaufgabe familienfreundliche Angebote schafft, die zu einer höheren Quotenrate führen können. Die Hertie-Stiftung konnte anhand ihres bereits 1998 entwickelten Audits Beruf & Familie zeigen, wie Unternehmen mit auch geringen finanziellen Mitteln, aber mit Phantasie und unter Einbeziehung der Mitarbeiter und ihrer Personalverwaltung zielgruppengenaue Angebote im Sinne einer familienbewussten Personalpolitik entwickeln können. Beides, die kommunalpolitische Orientierung wie auch die Orientierung an der Familienfreundlichkeit von Unternehmen ist zukunftsweisend und hat großen Einfluss auf die politische Debatte.

...Impulse für eine leistungsstarke und aktive Bürgergesellschaft

Dem Medienunternehmer Reinhard Mohn war die Ineffizienz der **öffentlichen Verwaltung** immer schon ein Dorn im Auge gewesen. Also suchte er mit der von ihm errichteten Bertelsmann Stiftung nach Wegen, sein unternehmerisches Erfolgsrezept, nämlich Dezentralisierung, Delegation von Verantwortung und Mitarbeitermotivation, in die öffentliche Verwaltung hineinzutragen. Zunächst wurden Stadtverwaltungen ausfindig gemacht, die nach diesen Prinzipien funktionierten.

Man fand sie im Rahmen einer internationalen Recherche in Phoenix, Arizona, und Christchurch, Neuseeland. Es stellte sich heraus, dass diese Kommunen ihren Mitarbeitern mehr Verantwortung gaben, dafür aber auch Rechenschaftslegung verlangten. Auch wurden die Bürger zur Bewertung der Verwaltungsleistungen eingeladen. Deshalb stieg auch die Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt. Die

Bürger waren eher bereit, einmal freiwillig anzupacken; und sie achteten mehr auf das öffentliche Gut.

Diese Mischung aus Freiheit und Verantwortung erbrachte offenbar bessere Leistungen als die streng reglementierte und intransparente deutsche Stadtverwaltung.

Die entscheidende Frage war, wie man den Wettbewerb simulieren konnte, um zu besseren Leistungen zu kommen. Mohn führte den so genannten "freiwilligen Leistungsvergleich" ein. Inzwischen gehören über 150 deutsche Kommunen einem Netzwerk an, in dem die einzelnen Leistungen systematisch verglichen und verbessert werden. Die Idee erwies sich als wegweisend. Öffnungszeiten wurden verbessert, geringere Wartezeiten und kürzere Antragswege erreicht. In öffentlichen Umfragen erhielten die Verwaltungen immer bessere Noten. Das ist das, was Mohn "Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung" nennt. Und dass sich heute überall in Deutschland Kommunen danach drängen, ihre Kundenfreundlichkeit in Leistungsvergleichen zu beweisen, ist auch ein Verdienst der Gütersloher Denkfabrik.

Von einer neuen Bildungsinitiative möchte ich Ihnen berichten, weil ich sie gerade angestoßen habe unter dem Stichwort „Engagement macht kompetent“. Unsere junge „Stiftung Polytechnische Gesellschaft“ vergibt Stipendien für **„Stadtteilbotschafter“**. Die Stiftung sucht in den Stadtteilen Frankfurts je einen besonders aktiven und ideenreichen „Botschafter“, zwischen 17 und 27 Jahren. Die Stadtteilbotschafter erhalten ein Projektstipendium von 4.000,00 €, um ihre eigene Idee in ihrem Stadtteil zu verwirklichen. Ferner erhalten sie ein professionelles Training in Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising sowie ein Persönlichkeitstraining. Weiter im Programm stehen Begegnungen mit Frankfurter Persönlichkeiten und ein „Frankfurt-Seminar“. Außerdem erhalten die Stadtteilbotschafter ein Reisestipendium für Frankfurts 13 Partnerstädte sowie 10.000,00 € für ein gemeinsames Projekt. Die jungen Verantwortungsträger werden in Erfolgsteams von sechs Teilnehmern ihre Ideen gemeinsam weiterentwickeln. Wir betreiben die Anerkennung und Unterstützung junger Verantwortungsträger vor Ort. Viel Hilfe und Engagement von Juroren und Ratgebern wird nötig und willkommen sein, um das Programm durchzuführen. Aber gerade die Aktivierung Dritter ist Teil des Konzeptes. Man darf auf jedenfall auf die erste „Generation Frankfurt“ gespannt sein.

Der Bertelsmann-Preis 2007 zum Thema „Vorbilder bilden - Soziales Lernen als Bildungsziel“ hat seinerseits das Thema des Engagements noch einmal in die Öffentlichkeit gebracht und eine Reihe guter Beispiele zur Nachahmung in Deutschland empfohlen (Citizenship Foundation, GB; Common Cent, USA; Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement – „TOP SE“ – an Baden-Württembergischen Realschulen). Preisträger ist die Citizenship Foundation, unter deren Einfluss das Fach „Citizenship Education“ in GB als Schulfach für alle weiterführenden Schulen eingeführt und professionalisiert wurde. In drei Programmen – das spielerisch angelegte Programm Go-Givers für fünf- bis elfjährige Grundschüler; Youth Act, das elf- bis 18-jährige Jugendliche auf lokaler Ebene mit erwachsenen Multiplikatoren zusammen bringt, G-Nation für die weiterführenden

Schulen. Ebenso interessant ist aber das baden-württembergische Beispiel TOP SE, das 2004 im Bildungsplan des Landes verankert wurde. Im Unterricht wird als Blockeinheit oder als Wocheneinheit ein Kooperationspartner ausgewählt und das Schuljahr über begleitet. „Dabei wird das Engagement von und mit den Schülerinnen und Schülern geplant, durchgeführt, dokumentiert, im Unterricht reflektiert, vor größeren Gruppen präsentiert und von den Lehrern bewertet“ (laut Pressemitteilung der Stiftung). (7.- 10. Klasse, 31.000 Schüler).

Nicht nur bekannte Namen, sondern gerade kleine und mittlere Stiftungen sind von unschätzbarem Wert für die Erneuerung gesellschaftlicher Verhältnisse. Besonders interessant sind dabei die neuen **Bürgerstiftungen**, die seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland gegründet werden, rund 100 an der Zahl. Bürgerstiftungen sind Gemeinschaftsstiftungen. Sie brauchen nicht mehr den einen reichen Stifter. Sie brauchen mehrere engagierte und vielleicht eher wohlhabende Stifter, die ihr Geld nicht irgendwo einsetzen wollen, sondern dort, wo sie leben, wo sie sich auskennen und wo sie konkret und mit eigenem Sachverstand helfen können. In den Bürgerstiftungen ist jeder Stifter selbst Experte. Geld, Ideen, Zeit – und das vor der eigenen Haustür, das ist die Idee der Bürgerstiftung. Die erste Bürgerstiftung wurde 1914 in Cleveland von Frederick H. Goff, einem bekannten Rechtsanwalt und Bankier, gegründet. Goff verfolgte zwei Ziele: Er wollte die Bürger, die nicht über große Vermögen verfügten, sich aber gleichwohl mit Zeit, Geld und Ideen für ihre Stadt einsetzen wollten, die Möglichkeit zur langfristigen und verlässlichen Zusammenarbeit geben und er wollte, dass die Stiftung für viele lokale Zwecke offen blieb. Heute sind es allein in den USA 600 – mit einem Gesamtvermögen von über 25 Mrd. US-Dollar. Es ist der am schnellsten wachsende Stiftungstyp. Aber auch wir Deutschen brauchen uns nicht zu schämen. 1996 wurde die erste Bürgerstiftung gegründet. Rund 78 gibt es inzwischen in Deutschland. Sie sind der am stärksten wachsende Sektor im deutschen Stiftungswesen.

Warum? Weil sie konkret vor Ort helfen können – und das ist gefragt, nicht abstrakte Bekenntnisse.

Ein Beispiel:

Die Wiesbaden Stiftung: Vor wenigen Jahren gründeten 21 Stifter diese Bürgerstiftung mit einem Startkapital von 200.000 €. Aus drei Testamenten erhielt die Stiftung kurz darauf über 500.000 €. Sie vergibt einen Schulpreis für beispielhafte Teamleistungen in den Wiesbadener Schulen, ermöglicht gehbehinderten Bürgern Konzertbesuche – und hat eine clevere Bürger-Aktion zum Erhalt wichtiger städtebaulicher Objekte gestartet: „Ein Stein für die Ewigkeit“. Sie können für 1000 € einen „Bürgerstein“ erwerben, und dieser Stein wird mit allen anderen Bürgersteinen am schönen Rathausplatz sichtbar gepflastert. Ideen muss man haben!

...

Schlusskapitel - Was können Stiftungen erreichen?

- **Stiftungen können Einfluss entfalten**

Einfluss auf den Gang der Dinge nehmen zu können, ist schon viel. Und wer sorgfältig und selbstkritisch Evaluation betreibt, weiß, dass selbst Einfluss nur

erreicht wird, wenn wir die bestmöglichen Ideen professionell verwirklichen. Macht steht den Stiftungen übrigens auch nicht zu, sie sind schließlich keine gewählten Repräsentanten. Roman Herzog hat die Stiftungen einmal als „Motor des Wandels“ bezeichnet. Das trifft die Sache.

- **Stiftungen überzeugen durch Beispiele und Vorbilder, die sie schaffen**

Einfluss erreichen sie, indem sie ihre politische Unabhängigkeit nutzen und abseits politischer Konjunkturen einen neuen Blick auf die Verhältnisse werfen.

- **Stiftungen sollten konkret, anfassbar, sichtbar arbeiten**

Am überzeugendsten sind nicht Memoranden (bis auf die „Grenzen des Wachstums“), sondern konkrete Modelle: Beispiele zum Ansehen, zum Nachahmen. Vorbilder schaffen, ist nicht nur ehrenwert, sondern erfolgreich. Denn nichts interessiert mehr als der Mensch.

- **... öffentlich handeln, PR nutzen**

Sie müssen die Kommunikationsgesellschaft nutzen. Es stimmt nicht, dass nur „bad news“ die Medien interessieren. Wenn sie den Innovationen ein Gesicht geben, sie anschaulich machen, wenn sie Geschichten zu erzählen haben – dann sind die Medien interessiert. Durch Bekanntheit aber erreichen wir Einfluss.

- **... zusammenarbeiten, um in die Fläche zu kommen und**

In Allianzen unter Stiftungen und mit öffentlichen Partnern erreichen wir eine Breitenwirkung, die eine Stiftung, so groß sie sein mag, nicht erreichen kann. Zusammenarbeit erfordert allerdings auch klare Absprachen, Disziplin und Diplomatie. Der gemeinsame Erfolg ist aber auch besonders erfolgreich.

Diese Beispiele zeigen im Kleinen: Viele Bürger sind bereit mitzutun, Verantwortung zu übernehmen. Aber sie haben genug von abstrakter Politik, von Machtgerangel. Es müssen die Angebote zum Mittun stimmen. Die Bürger wollen Sachverstand einbringen. Und sie wollen Ergebnisse sehen!

Stiftungen bieten dafür ideale Bedingungen. Sie sind von politischer Konjunktur unabhängig. Sie können auch einmal gegen den Strom schwimmen. Ja, Ralf Dahrendorf hat einmal gesagt, Stiftungen seien zu schade, um Teil des Zyklus zu sein. Sie müssten antizyklisch arbeiten. Und: Stiftungen sind für die Ewigkeit gemacht. Sie können dauerhaft handeln. Sie sind keine Sternschnuppen, sondern Fixsterne. „Innovation auf Dauer“, könnte man ihre Mission umschreiben.

Stiftungen sind kein Luxus! Sie sind eine Notwendigkeit. Sie zeigen, dass Bürger füreinander Verantwortung übernehmen. Nicht nur „Eigenverantwortung“, wie so häufig in unserem Land – also nur Verantwortung für das „Eigene“ - , sondern Verantwortung auch für andere und für das Gemeinwesen, das den Rahmen Ihres beruflichen Erfolges bildet.

Unabhängige Stiftungen können einiges bewegen. Ihnen öffnen sich leichter die Türen, sie sind ja keinem materiellen Partikularinteresse verpflichtet. Sie können Fragen stellen und Lösungen testen, denen die etablierten Kräfte ausweichen. Sie können das Risiko auf sich nehmen, einmal Unpopuläres zu tun. Roman Herzog hat einmal gesagt, sie können zu „Motoren des gesellschaftlichen Wandels“ werden. Natürlich können und wollen sie den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Stiftungen können und wollen keine Lückenbüßer sein. Wohl aber könne

sie Impulse geben, die aus Sackgassen heraushelfen. Ich habe versucht zu zeigen, dass sie damit **Erfolg** haben.

Dr. Roland Kaehlbrandt ist Mitglied des Vorstands der „Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main“. Er war zuvor Geschäftsführer der Hertie-Stiftung und PR-Chef der Bertelsmann Stiftung. Er ist Mitglied des Beirats des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und dort Leiter des Arbeitskreises Bildung und Ausbildung.

Kontakt: Kaehlbrandt@SPTG.de